

## Migration und Mehrsprachigkeit - Die Vielfalt an Österreichs Schulen

Veranstaltung in der Arbeiterkammer am 23. 11. 2017

**Dr. Oliver Gruber**, AK Wien, nennt zunächst die am Projekt „Migration und Mehrsprachigkeit“ beteiligten acht Organisationen, deren Vorsitzende in einem Kurzfilm ihre Ideen präsentieren: Arbeiterkammer, ÖGB, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Caritas Wien, Arbeiter Samariterbund, Rotes Kreuz.

**Dr. Barbara Herzog- Punzenberger**, Universität Linz, spricht über ihre Studie „MiMe“<sup>1</sup>. Als Basis der Untersuchungen wurden die Ergebnisse der Bildungsstandarderhebungen 2012 genommen. Vergleichsgrundlagen waren der Geburtsort der Mütter der Schüler/innen, die 2012 die 8. Schulstufe besuchten und der sozio-ökonomische Hintergrund. Der Anteil an Matura und höherem Bildungsabschluss war bei im Inland oder Ausland geborenen Müttern ungefähr gleich. Es spielt aber eine große Rolle aus welchem Land die Mütter kommen. Mütter aus slawisch sprechenden Ländern oder aus Ägypten haben ein hohes bildungspolitisches Profil, bei Müttern aus der Türkei trifft das Gegenteil zu<sup>2</sup>. Manche Eltern die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, besuchen nie eine kulturelle Einrichtung.

Was die Lernerfolge betrifft, konnte festgestellt werden, dass Mädchen mit Leseschwäche mit gut ausgebildeten Eltern in der Schule einen guten Start haben, in einem hoch belasteten Umfeld aber Probleme bekommen während Mädchen mit schlecht ausgebildeten Eltern bereits schlecht starten und auch wenig profitieren. Die Zusammensetzung der Klasse sei daher ein wesentlicher Faktor für erfolgreiches Lernen, meint **Herzog-Punzenberger**, denn 28% der Volksschüler/innen und 27% der NMS Schüler/innen hätten eine schwierige Ausgangsposition. Es sollte daher zu einer besseren Aufteilung der Schüler/innen kommen.

Was den Besuch der Schulformen betrifft, so korrespondieren die Bildungsprofile der Mütter mit jenen der Kinder.

Interessant ein weiteres Ergebnis der Studie: *Schüler/innen, die in einer kleinen Gemeinde die Schule besuchen, auch solche mit Deutsch als Erstsprache waren im Durchschnitt in Mathematik zwei Lernjahre zurück, in Englisch sogar drei Lernjahre. „Was sagt das über den Englischunterricht in der NMS einer kleineren Gemeinde aus?“ Es stimme daher nicht, dass die schulischen Probleme nur städtische Probleme seien!*

Sowohl in Mathematik als auch in Englisch seien die Durchschnittsergebnisse der mehrsprachigen Schüler/innen teilweise besser als die der einsprachigen, aber es spiele eben die große Rolle aus welchem Land die Mütter kommen.

**Herzog-Punzenberger** schlägt als Maßnahmen vor:

- 1) Hochwertige elementarpädagogische Einrichtungen, 2) Ausbau der Ganztagschulen
- 3) Inklusion: keine Klassenwiederholungen, keine Sonderschule 4) Keine Trennung nach der 4. Schulstufe

Es folgt eine **Diskussionsrunde** unter Einbeziehung von **Dr. Ursula Neumann**, Universität Hamburg, und **Franca Quartapelle**, Deutsches Schulamt in Bozen.

**Herzog-Punzenberger** sieht in der Tatsache, dass in Österreich in den 60er und 70er Jahren Menschen mit niedriger Qualifikation als Arbeitskräfte angeworben wurden, die Ursache dafür, dass in Österreich die Mehrsprachigkeit als Problem wahrgenommen werde.

---

1 Barbara Herzog-Punzenberger, Migration und Mehrsprachigkeit. Wie fit sind wir für die Vielfalt? Studie im Auftrag der AK Wien, Oktober 2017

2 Vergleiche dazu: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/ahs-uebertritte-kinder-polnischer-muetter-voran/299.282.167>

**Neumann** verweist auf das Hamburger Konzept der durchgängigen Sprachbildung. Die Sprachfähigkeit im Gehirn solle als Gesamtes gefördert werden. Einzelne Bildungsinstitutionen sollten einander nicht widersprechen. Der Muttersprachenunterricht habe seinen Eigenwert. Um konkrete Maßnahmen setzen zu können sei die politische Basis wichtig. Was soll erreicht werden? In Hamburg erfolgt die Schulfinanzierung nach dem Sozialindex. Bei allen 4 1/2 jährigen Kindern wird eine Sprachstandsfeststellung gemacht, meist auf Deutsch, wenn möglich auch in den Familiensprachen. Die Kinder werden dann in drei Gruppen eingeteilt: kein Förderbedarf – Förderbedarf – hoher Förderbedarf. Kinder mit hohem Förderbedarf müssen einen Kindergarten besuchen. Dort müssen sie die deutsche Sprache gut erlernen, „das ist eine Bringschuld der Kita“. Eine Rückstellung im ersten Schuljahr gibt es nicht, alle kommen in die Schule wenn sie das entsprechende Alter erreicht haben. Alle schulpolitischen Maßnahmen müssten durch Forschung begleitet werden um zu sehen ob sie erfolgreich sind. Es müsse auch überprüft werden, was an den Schulen konkret gemacht wird. Für Kinder die noch Probleme mit Deutsch haben und/oder nicht alphabetisiert sind, gibt es Vorbereitungsklassen, auch in Gymnasien. Diese können ein bis zwei Jahre dauern.

**Quartapelle** skizziert kurz das Schulsystem in Südtirol, das zweigeteilt ist und wo es wenig Integration zwischen den beiden Sprachgruppen gibt. Es wurde nun ein Curriculum in vier Kompetenzbereichen entwickelt: Wissen – Können – Lernen – Einstellungen. Sie verweist auf ein Projekt in Mathematik in einer Grundschule wo gemeinsames Arbeiten der deutschsprachigen und italienischsprachigen Kinder angestrebt wird. Auch in Italien gibt es keine Rückstellungen, der Schulbesuch richtet sich ausschließlich nach dem Alter. Sie verweist auf eine Klasse im Gymnasium wo die sechs Schüler/innen mit Migrationshintergrund die Besten seien mit Ausnahme von Italienisch. Vorbereitungsklassen gibt es keine, die Schulen regeln integrative Maßnahmen autonom.

**Herzog-Punzenberger** nennt Kanada als gutes Beispiel für gelingende Integration auf allen Ebenen. Schüler/innen können sich von Lehrer/innen jederzeit Hilfe holen. Es werde auch eine starke Familienintegration angestrebt. Eltern spielen keine Rolle, meint dagegen **Quartapelle**, sie müssten nur eine positive Einstellung haben. Die Ausbildung der Lehrer/innen sei aber verbesserungswürdig. Die Universität Hamburg bemühe sich nicht sehr erfolgreich um mehrsprachige Studierende, erklärt **Neumann**. Das hänge mit dem numerus clausus zusammen. Die Einführung des Lehramts für Türkisch erwies sich als Erfolg. Das Wort „Elternarbeit“ hasst sie, denn es bedeute, die Schule richte sich die Eltern so her wie sie sie haben wolle. Kooperation mit Eltern sei aber wichtig. Im Projekt „ein Quadratkilometer Bildung“ sollen Eltern beteiligt werden.

Aus dem **Publikum** kommen Wortmeldungen, dass die Einführung der Gesamtschule in Hessen scheiterte als ein Schulversuch der Willigen allen Schulen aufoktroziert wurde, dass Kanada sich nach seinem Einwanderungsgesetz die Leute sehr genau aussuche die es haben wolle, dass Eltern aus bildungsfernen Schichten nicht an die Schule kämen weil sie das System gar nicht verstehen würden, dass es Ausbildungsangebote an Volkshochschulen gebe, dass man in Kanada in der Schule alles machen könne, auch den Führerschein oder den Anglerschein.

**Neumann** sieht im Elternabend ein schlechtes Format. Begegnungen sollten am Vormittag stattfinden, noch besser wären Hausbesuche. Es sollte mehr Ganztagschulen, am besten mit verschränkter Form geben. Ob die Schüler/innen dort bessere Ergebnisse als in Halbtagschulen erreichen, dazu gebe es allerdings keine einheitlichen Ergebnisse. Die Politik reagiere oft nur in Notsituationen. So wurde auf den Wunsch nach Muttersprachenunterricht im Hamburg zunächst nicht reagiert, erst als es galt arabischsprachige Schüler an einem Gymnasium zu halten wurde arabischer Muttersprachenunterricht dort eingeführt. Türkisch wurde lange von der Türkei aus organisiert, durch die Verschlechterung der politischen Beziehungen wolle Deutschland ihn jetzt selbst organisieren.

**Herzog-Punzenberger** meint, dass erfolgreiche Elternarbeit anstrengend sei. Sie nennt als positives Beispiel das Projekt „Väterfußball“ in Gent. Sie hofft auf einen stärkeren positiven Einfluss auf die Politik. Es gelte auch den Wissensstand in den Landesschulräten zu verbessern.

Nach der Mittagspause wird an den einzelnen Tischen über das Thema des Tages diskutiert. Dann folgt eine **Podiumsdiskussion** mit Dr. Rüdiger Teutsch (Bildungsministerium). Mag. Maria Handl-Stelzhammer (LSI NÖ), Erika Tiefenbacher (Direktorin NMS Schopenhauerstraße), Sanja Biwald (Lehrerin VS Rothenburgstraße), Mag. Snezana Jankovic (Caritas Lerncafes)

In ihren Eingangsstatements berichten alle über die Themen die an ihren Tischen diskutiert wurden. Die Ausbildung der Pädagog/innen sei unzureichend, man müsse sich zunächst mit Forschungsergebnissen auseinandersetzen und dann Lösungen suchen, „Halbsprachigkeit“ der Kinder sei ein großes Problem, VS Lehrer/innen fühlen sich überfordert, man müsse mehr in der Elementarpädagogik tun.

**Tiefenbacher** meint, dass es zwar viele Ressourcen gebe, aber jedes Kind habe besondere Bedürfnisse. *Trotz optimaler Betreuung könnten Schüler/innen in ihren Fächern zu wenig. Sie setze daher eher darauf die Schüler/innen auf Bewerbungsgespräche vorzubereiten.* **Handl-Stelzhammer** verweist darauf wie wichtig Haltung und Einstellung sei. Im ländlichen Bereich fehlten oft ausgebildete Pädagog/innen. **Jankovic** bemüht sich Kinder und Jugendliche von 6 – 15 so zu begleiten, dass sie einen positiven Schulabschluss erreichen. **Teutsch** plädiert dafür, dass man guten Lösungen Zeit geben müsse. Es gehe um organisatorische, pädagogische und systemrelevante Fragen. Die Autonomie werde mehr ermöglichen. **Biwald** meint, sie bekämen viele Ressourcen, die würden aber nicht zum erhofften Erfolg führen, da sich viele Junglehrer/innen nicht auskennen. *Wenn die Kinder nicht gut Deutsch können, werfe das die Unterrichtsplanung über den Haufen. Es fehlt die Information der Kindergärten an die Volksschulen, diese dürfe nur mit Einwilligung der Eltern erfolgen und das sei ein großes Problem.* **Tiefenbacher** lobt die Muttersprachenlehrer/innen als große Unterstützung. Lehrberuf bedeute Berufung. Als Direktorin müsse sie der ruhende Pol sein, sonst bekämen die Lehrer/innen Schwierigkeiten mit den Schüler/innen. *Gelingende Integration und Erfüllung des Lehrplans stünden in einem Gegensatz.* **Teutsch** appelliert realistische Ziele anzustreben. Man müsse zuerst analysieren, dann umsetzen. Er verweist auf Deutschlerninitiativen im Kindergarten. Leider sei der Kindergarten nicht Teil des Bildungssystems im Ministerium. Über 140 Millionen € wurden ins Schulsystem und in die Erwachsenenbildung investiert. **Alle** betonen die Wichtigkeit der Haltung!

Ein **Teilnehmerin** fragt, wie Chancengleichheit ohne Gesamtschule und Ganztagschule erreicht werden könne. *Eine Direktorin fragt, warum der Umgang mit Mehrsprachigkeit und Diversität kein verpflichtendes Modul in der Pädagog/innenbildung sei.* **Teutsch** verweist auf die Autonomie der Pädagogischen Hochschulen, jede wolle ihre Schwerpunkte setzen. *In der Fortbildung geschehe aber viel.* **Tiefenbacher** kritisiert die Ausbildung an den Universitäten. *Dort sei die NMS kein Thema, es werden aber die Lehrer/innen für diesen Schultyp jetzt dort ausgebildet. Es gebe Universitätsprofessoren, die ihren Studierenden raten zu schauen, dass sie an eine AHS kommen.* **Biwald** pflichtet bei, dass viele Kolleg/innen auf die Diversität an den Schulen nicht gut vorbereitet seien und das daher ein Pflichtmodul sein müsse. Ein **Teilnehmer** berichtet, dass das Wahlmodul an manchen PHs gar nicht zu Stande käme. **Teutsch** erklärt nochmals, dass das Sache der PH sei. Bei Bildungsbenachteiligung müsse man nach den Ursachen forschen, Sprache sei jedoch ein wesentlicher Faktor. Eine **Teilnehmerin** kritisiert, dass Studierende im Unterschied zu früher nicht mehr mit dem Schulalltag in Berührung kämen. Laut **Handl-Stelzmüller** sei viel Flexibilität bei den Lehrpersonen gefragt, es gebe eine ganze Reihe von Herausforderungen. Ein Problem sei auch die Leistungsbeurteilung beim Umstieg vom außerordentlichen zu ordentlichen Status. **Tiefenbacher** fordert eine administrative Unterstützung für Pflichtschulen, **Biwald** Fortbildung auch für Direktorinnen und Direktoren, **Handl-Stelzmüller** mehr Feedback und Unterstützung. Eine **Teilnehmerin** verweist auf die Aktion 20 000 für Langzeitarbeitslose, hier könne man administrative Hilfskräfte finden. Auf den Hinweis, dass jeder Unterricht auch Sprachunterricht sei, meint **Tiefenbacher**, dass oft Wörter drei Mal und auf verschiedene Weise erklärt werden müssten. Eine **Teilnehmerin** verweist auf die Freizeitpädagog/innen. In Wien hätten 75% multikulturellen Hintergrund, sie könnten

eine wertvolle Stütze sein.

Auf ihre Wünsche angesprochen, antwortet **Tiefenbacher**, dass es in Zukunft eine Schule wie die ihre gar nicht mehr geben solle, auch **Jankovic** meint, dass ihre Einrichtung einmal obsolet sein sollte. **Handl-Stelzmüller** spricht die Problematik bei den Übergängen an, hier gehe viel verloren. Eltern sollten für die Übernahme von Mitverantwortung gewonnen werden und man müsse auch schauen, was mit Jugendlichen passiere, die ihre Schulpflicht erfüllt haben. **Teutsch** appelliert nochmals sich Zeit für Reformen zu nehmen und Begonnenes fortzusetzen um einen Bildungsfrieden zu erreichen, **Biwald** hofft auf Umsetzung und Taten, Ergebnisse von Studien habe man genug.

Dr. Christine Krawarik